



Zu wenige Studienplätze für Medizinstudenten

Bericht: Monika Anthes, Christian Saathoff

Übernahme Report Mainz 12.11.2019

Dr. Claudia Kühnert kümmert sich seit über 35 Jahren als Hausärztin in Chemnitz um ihre Patienten. Im kommenden Jahr will die 66-Jährige gerne in Rente gehen, doch sie macht sich große Sorgen. Denn in der Stadt gibt es immer weniger Ärzte:

Dr. Claudia Kühnert, Hausärztin in Chemnitz:

"Wir gehören schon zu den bedroht unterversorgten Gebieten, die es sonst nur auf dem Land gibt. Und wenn man berechnet, unsere Altersgruppe, dass in den nächsten fünf Jahren noch mal ganz viele aufhören, dann fehlen irgendwann für 50.000 Menschen die Ärzte."

Und das allein in Chemnitz. Schon heute muss sie täglich Patienten abweisen. Ihre Hausarztpraxis liegt mitten in der drittgrößten Stadt in Sachsen, mit fast 250 000 Einwohnern. Aber nicht nur hier, bundesweit fehlen Nachwuchsmediziner. Davon ist man am Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Berlin überzeugt. Volkswirt Dominik von Stillfried zeigt uns eine aktuelle Berechnung seines Instituts, die sich mit der Frage beschäftigt, wie viele Ärzte und auch Medizinstudienplätze wir in Zukunft benötigen.

Dominik von Stillfried, Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung:

"Es fehlen Ärzte, weil wir in der Vergangenheit zu wenig ausgebildet haben; es fehlen Ärzte, weil der Behandlungsbedarf der Patienten aufgrund der Alterung und der Komplexität der Medizin steigt; es fehlen Ärzte, weil das ärztliche Berufsbild sich verändert, es findet viel mehr Teilzeittätigkeit statt. Deswegen gehen wir davon aus, dass die Zahl der Studienplätze mindestens in der Größenordnung von 15.000 liegen sollte."

Vor der Wiedervereinigung gab es rund 13.500 Studienplätze in West- und Ostdeutschland. Nach der Wende sank die Zahl auf rund 10.000 bundesweit, bis heute. Also rund 3.500 Studienplätze weniger. Damals sei man von einer Ärzteschwemme ausgegangen, sagt Stillfried. Doch wenn die Politik jetzt nicht wieder mehr Plätze schaffe, bedeute das für Patienten in Zukunft:

Dominik von Stillfried, Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung:

"Längere Wartezeiten, weniger Arztkontakte, in den Abwanderungsregionen in Deutschland wird es deutlich weniger Ärzte geben."



Dieses drohende Szenario erscheint fast absurd - denn auf der anderen Seite gibt es im ganzen Land junge Menschen wie Jonas Wegener. Er arbeitet als Pfleger auf der Intensivstation. Doch sein größter Traum ist ein Medizinstudium. Mit einem Abiturschnitt von 2,5 bewirbt er sich seit sieben Jahren - ohne Erfolg. Mittlerweile macht ihn die Wartezeit mürbe.

Jonas Wegener, Studienbewerber:

"Auch wenn ich es nicht so zeige, bin ich natürlich traurig. Und man wird natürlich auch über die Jahre sowieso ein klein bisschen verbittert, wenn es immer und immer wieder nicht klappt."

So wie Jonas Wegener werden jedes Jahr über 30.000 Abiturienten abgelehnt, haben keine Chance auf ein Medizinstudium in Deutschland - obwohl dringend mehr Absolventen gebraucht werden.

Stattdessen gehen immer mehr junge Menschen ins Ausland, um ihren Traum vom Medizinstudium zu verwirklichen. Wir sind auf dem Weg nach Pécs. Eine kleine Stadt im Süden Ungarns. An der Universität studieren über 800 Deutsche Medizin. Die Vorlesungen sind hier auf Deutsch. Für den praktischen Teil des Studiums lernen die deutschen Studenten Ungarisch, um mit den Patienten sprechen zu können. Unter ihnen sind viele, die das Studium selbst bezahlen, so wie Barbara Kerscher aus Niederbayern. Sie versteht nicht, warum es in Deutschland nicht mehr Studienplätze gibt:

Barbara Kerscher, Medizinstudentin Pécs:

"Durch diese Verknappung der Studienplätze, dass es jetzt ja weniger Studienplätze gibt als zu Zeiten der Wende, das passt absolut nicht zusammen. Klar, für den deutschen Staat ist es irgendwo günstiger, wenn sich die Leute die Ausbildung selber bezahlen."

Rund 80.000 Euro kostet das Studium hier. Unter den Studierenden sind auch einige wie Krystin Mielke. Ihre Studiengebühren zahlt die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen. Dafür muss sie sich später als Hausärztin in Sachsen niederlassen. Wie sieht sie das Studium hier?

Krystin Mielke, Medizinstudentin aus Sachsen:

"Ja, eine ganz große Chance. Ansonsten weiß ich nicht, ob es wirklich geklappt hätte. Ja, da musste ich diese Chance unbedingt ergreifen."

Um den Nachwuchs für ihre Hausarztpraxen zu sichern, finanziert die KV Sachsen 20 Studienplätze pro Jahr in Ungarn.



Auf welche Lösung setzt die Politik in Deutschland? Bereits 2017 haben sich Bund und Länder auf den sogenannten Masterplan Medizinstudium 2020 geeinigt, wollen das Medizinstudium umfassend reformieren. Zur "Sicherstellung der Ärztlichen Versorgung" die Allgemeinmedizin stärken. Mehr Studienplätze sollte es zunächst nicht geben. Nur wenige Bundesländer wollen nun doch neue Plätze schaffen, zum Beispiel Sachsen. Hier am Klinikum in Chemnitz. Prof. Lutz Mirow will hier in Zukunft 50 Medizinstudenten pro Jahr ausbilden.

Prof. Lutz Mirow, Klinikum Chemnitz:

"Wir haben in den nächsten Jahren das Phänomen, das über 60 Prozent der Kollegen im Bereich der Niederlassung in Ruhestand gehen werden. Und diese Zahl, die ist immens, die müssen wir auffangen. Insofern wollen wir gern Ärzte ausbilden, hier vor Ort, die sich in der Region wohlfühlen, die in der Region bleiben und sich vorstellen können, im ambulanten Bereich zu arbeiten."

Doch ein Studienplatz in Deutschland kostet rund 220.000 Euro, fast dreimal so viel wie in Ungarn. Das können oder wollen sich viele Länder nicht leisten. So wie Schleswig-Holstein. Der Landtag fordert einstimmig, dass sich der Bund an der Finanzierung von 1.000 Studienplätzen bundesweit beteiligt.

Marret Bohn, B'90 / Die Grünen, Landtagsabgeordnete:

"An der Stelle der Medizinstudienplätze darf der Bund die Länder nicht im Stich lassen. Wir brauchen eine Unterstützung, damit wir genügend Ärztinnen und Ärzte haben."

Selbst das Bundesgesundheitsministerium fordert mittlerweile 15.000 Medizinstudienplätze bundesweit, also rund 5.000 mehr. Klar ist: Wenn nicht massiv in die Ausbildung junger Mediziner investiert wird, gefährdet das die ärztliche Versorgung von uns allen.